

## Etatrede 2015

des Ratsmitgliedes Herbert Mertin  
namens der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtvorstandes und des Rates,

bei seiner Einbringungsrede für den Haushalt 2015 vor einigen Wochen hat der Oberbürgermeister auf Einsparbemühungen der Stadt Bezug genommen, aber er hat auch auf die unzulängliche Finanzausstattung der Kommunen durch Land und Bund hingewiesen.

Von der FDP-Fraktion wird ausdrücklich anerkannt, dass über die Haushaltsstrukturkommission eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht wurden, die durchaus beachtliche Einspareffekte hatten.

Diese Effekte verpuffen aber, da den Kommunen immer wieder Pflichtaufgaben aufgebürdet werden ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. So wurde vor einigen Jahren die Leermittelfreiheit eingeführt und die Abwicklung den Schulen übertragen, ohne dass die betroffenen Kommunen, so auch die Stadt Koblenz, nach den Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände einen vollständigen Kostenausgleich erhalten. Das Land zieht also die Spendierhosen an und lässt andere bezahlen.

Neu war auch das Erlebnis, dass das Land die Stadt Koblenz bittet, den eigentlich fälligen Zuschuss für Baumaßnahmen an zwei Kitas vorzufinanzieren. Selbstverständlich bleibt dabei die Stadt Koblenz auf den Zinsen sitzen.

Im Januar 2012 hat somit der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz zu Recht die Verfassungswidrigkeit des Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen festgestellt. Das Gericht gab dem Land deshalb auf, dieses System neu zu regeln und dabei die erheblich gestiegenen Soziallasten der Kommunen auszugleichen. Zwischenzeitlich hat das Land eine Neuregelung vorgenommen und einen Betrag von 50 Mio. Euro zusätzlich in das System eingespeist. Klingt nach viel, hält aber einer genaueren Betrachtung nicht stand. Nach Auskunft der Kämmerei kommen von diesem Betrag rund 1 Mio. Euro bei der Stadt an. Diese reicht nicht einmal aus, um die Kostensteigerungen bei der Eingliederungshilfe in einem Jahr auszugleichen. Von einem Ausgleich für früher aufgebürdete Kosten kann somit keine Rede sein. Dem Oberbürgermeister ist also voll zuzustimmen, die Finanzausstattung die Bund und Land vornehmen reicht bei weitem nicht aus.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es aber, wenn aus den Reihen des Rates öffentlich zusätzliche Pflichtaufgaben gefordert werden. So konnte man in der Zeitung lesen, dass das Ratsmitglied Pilger die Förderung der AIDS-Hilfe zur Pflichtaufgabe machen will. Natürlich haben auch wir mit den Vertretern der AIDS-Hilfe über ihre absehbaren Finanzprobleme gesprochen. Ohne Zweifel wird dort eine gute Arbeit geleistet und es ist sicher auch richtig, dass die derzeitige Entwicklung keine Entspannung der Lage bringt. In dem Gespräch wurde aber auch deutlich, dass das Land sich bei der Aufstockung der Fördermittel für die AIDS-Hilfe vornehm zurückhält. Es kann aber nicht sein, dass diese vornehme Zurückhaltung durch eine neue Pflichtaufgabe zu lasten der Kommunen belohnt werden soll. Wir sind gerne bereit Herrn Kollegen Pilger darin zu unterstützen, wenn er sich beim Land und beim Bund um eine bessere Ausstattung der AIDS-Hilfe bemüht, dieses zur Pflichtaufgabe zu machen, halten wir für den falschen Weg.

Trotz der angespannten Finanzlage begrüßen wir es, dass gemeinsam Projekte auf den Weg gebracht werden, die die Attraktivität der Stadt Koblenz erhalten und steigern. So z.B. die

Entwicklung des Geländes am Moselbogen mit dem neuen Hallenbad sowie die Umwandlung des Kasernengeländes in Niederberg.

Hierzu zählt für uns auch die Maßnahme zugunsten der Sporthalle auf dem Oberwerth. Es ist aus Sicht der FDP-Fraktion richtig, dass die Halle zukünftig nur vernünftig vermarktbar ist, wenn sie mit angemessenen Sitzplätzen ausgestattet wird. Im Wettbewerb mit anderen Hallen, würde Koblenz ohne diese Maßnahme zurückfallen. Wenn wir den Wettbewerb um Veranstaltungen erfolgreich gestalten wollen, ist diese Modernisierung notwendig, weshalb sie von uns mitgetragen wird. Soweit in den Medien noch andere Wünsche zu lesen waren, haben wir jedoch Bedenken. Für einen Anbau für Seminarräume und ähnliches sehen wir keine zwingende Notwendigkeit. Schließlich muss berücksichtigt werden, dass die Koblenz-Touristik, aber private Hotelbetreiber entsprechende Kapazitäten vorhalten und es wenig Sinn macht, mit weiterem städtischen Geld in den Wettbewerb einzugreifen.

Soweit Maßnahmen an der Feste Franz vorgesehen werden, leugnen wir nicht, dass diese sicher wünschenswert sind, aber aus unserer Sicht nicht zwingend notwendig. Auch wenn ein 90% Zuschuss für die förderfähigen Kosten in Aussicht gestellt wird, sollte nur zwingend notwendige Maßnahmen durchgeführt werden. So wird es sicher Kosten geben, die nicht förderfähig sind und die Stadt dann selbst zu tragen hat. Außerdem sind die Folgekosten zu berücksichtigen. Insofern würde die FDP-Fraktion lieber auf diese Maßnahme verzichten. Besonders ärgerlich ist für die FDP-Fraktion, dass für den Eigenbetrieb Koblenz-Touristik Geld in den Haushalt eingestellt werden muss, weil nach dem voraussichtlichen Ergebnis einer Betriebsprüfung, Steuernachzahlungen in Höhe von rund 4 Mio. Euro drohen. Dem Beteiligungsbericht der Stadt, den wir kürzlich erhielten, ist zu entnehmen, dass dieser Eigenbetrieb keinen Zuschuss aus dem Kernhaushalt erhält. Formal in der Vergangenheit richtig, aber nur möglich, weil die Stadt Einnahmen aus Beteiligungen dem Eigenbetrieb zugewiesen hat und dies Gewinne dort steuermindernd mit Verlusten verrechnet wurden. Ein Modell, was wohl auf Grund einer Rechtsänderung nicht mehr geht, aber trotzdem weiter praktiziert wurde. Vor diesem Hintergrund wird man die Bereitstellung der Mittel für die Steuernachzahlung seitens der FDP-Fraktion aber nur mittragen, wenn die Umstände, die zu dieser Nachzahlung führten, aufgeklärt werden. Insbesondere muss geklärt werden, in welchem Umfang der Stadt möglicherweise ein Schaden entstanden ist. Einen entsprechenden Antrag habe ich eben dem Oberbürgermeister überreicht und bitte um ihre Zustimmung, damit diese Vorgänge möglichst zeitnah untersucht werden und der Rat über das Ergebnis unterrichtet wird.